

Corona-Anleihen: Europa muss die Krise solidarisch meistern

Seit dem Ausbruch des Corona-Virus in Europa, haben viele europäische Mitgliedsstaaten in kürzester Zeit entschlossen gehandelt und umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Bevölkerung zu schützen und die Wirtschaft zu stützen: Jedes Land für sich allein.

Es ist richtig, dass zunächst die Nationalstaaten selbst in der Verantwortung stehen. Und bestimmte Kompetenzen liegen auch nur bei ihnen. Die deutsche Bundesregierung hat hier vieles richtig gemacht. Doch in der EU steht sie erneut auf der Bremse. Dabei sind sich viele Wissenschaftler*innen einig: Das Virus kennt keine Grenzen und es braucht auch entschlossene Aktionen und Instrumente auf europäischer (und internationaler) Ebene. Nur so können die Corona-Krise und deren Folgen bestmöglich abgefedert werden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte als erste und setzte ein Pandemie-Notfall-Programm auf, mit dem sie private und öffentliche Schuldscheine kaufen und die Finanzmärkte stabilisieren kann. Auch in Brüssel wurden Maßnahmen ergriffen: Kurzerhand wurden ohnehin bereitstehende Mittel aus den europäischen Investitionsfonds mobilisiert, um vorrangig kleine und mittlere Unternehmen sowie Gesundheitsausgaben zu unterstützen. Darüber hinaus schlug die EU-Kommission am Mittwoch ein zeitlich begrenztes Instrument vor, das Kredite zur Unterstützung von Kurzarbeitergeld in Corona-Zeiten an die Mitgliedsstaaten vergibt. Auch Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sind im Gespräch, um Mittel für die Bekämpfung der aktuellen Krise zur Verfügung zu stellen.

Das sind wichtige Schritte. Doch sind diese Maßnahmen im Volumen begrenzt und sorgen dafür, dass die Staatsschulden der Länder, die die Kredite in Anspruch nehmen, steigen. Denn auch günstige Kredite von der

EU sind am Ende nationale Staatsschulden. Wenn einzelne Staaten in Zeiten wie diesen aber mit ihren Schulden alleine gelassen werden, wächst die Gefahr, dass gegen diese Länder spekuliert wird und die Zinsen auf deren Staatsanleihen steigen. Auch wenn diese Renditen gerade noch überschaubar sind (vgl. Grafik): Die Eurokrise hat gezeigt, dass Zinsen schnell steigen und die Zahlungsfähigkeit von Staaten gefährden können.

Um eine erneute Eurokrise abzuwenden, braucht es deshalb ein Instrument der Solidarität, mit dem die Euro-Länder zusammen für die aktuell notwendigen Rettungs- und Wiederaufbaumaßnahmen einstehen. Deshalb fordern nicht nur Gewerkschaften, gemeinsame Anleihen. Dass solche „Corona-Bonds“ das geeignetste Instrument sind, zeigt unter anderem eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die verschiedene EU-Instrumente miteinander vergleicht.

Die Euro-Gruppe hat vom Europäischen Rat den Auftrag erhalten, nächste Woche wirtschaftspolitische Instrumente zur Bewältigung der Krise vorzulegen. Deutschland muss seine Blockade aufgeben, sich der Forderung von neun Mitgliedsstaaten für gemeinsame Anleihen oder einen Corona-Fonds anschließen und einen entsprechenden Beschluss der Eurozone vorantreiben. Es geht – mal wieder – um die Existenz Europas.

